

**INHALT JULI 2006**

**SEITE 1**  
**HAUSAUFGABEN FÜR DIE NÄCHSTEN VIER JAHRE**

Beschlüsse des DGB Kongresses

**ZAHLENWERK**

Bevölkerung mit Migrationshintergrund

**SEITE 2**  
**PISA-SONDERAUSWERTUNG**

Schlechtere Chancen für Kinder mit Migrationshintergrund

**STRAFRECHTLICH UND ZIVILGESELLSCHAFTLICH HANDELN**

Beschlüsse zum Rechtsextremismus

**2007: JAHR DER CHANCENGLEICHHEIT**

Beschluss des Europäischen Rats

**SEITE 3**  
**AUSGRENZUNG ALS ALLTAG**

EUMC-Bericht zur Bildungssituation von Roma

**GLAUBE IM HERKUNFTSLAND UND IN DEUTSCHLAND**

Videoprojekt für junge Muslime

**WER RECHNEN KANN, INVESTIERT RECHTZEITIG**

Der DGB Kongress zu einer effektiven Integration

**SEITE 4**  
**INTEGRATION ALS THEMA DER OFFIZIELLEN POLITIK**

Kommentar von Annelie Buntentbach, Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstands des DGB

**ALLGEMEINES GLEICHBEHANDLUNGSGESETZ**

Unterschriftensammlung des DGB

## HAUSAUFGABEN FÜR DIE NÄCHSTEN VIER JAHRE

**Beschlüsse des DGB Kongresses**

Vom 22. bis 26. Mai 2006 tagte der 18. Ordentliche Bundeskongress des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Berlin. Themen waren auch Migrationspolitik und Integration sowie die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus.

Da der DGB diese Themenfelder als Querschnittsaufgaben begreift, tauchen sie in unterschiedlichen Zusammenhängen auf. In seinen „Arbeitsmaterialien zur Migrationspolitik“ hat der DGB Bundesvorstand die Passagen aus dem Geschäftsbericht und Beschlüsse des Kongresses dokumentiert, die Stellung beziehen und Handlungsempfehlungen geben zu den Themen Migration, Integration, Antidiskriminierung und Auseinandersetzung mit Rechts.

Im Einzelnen wurden folgende Anträge beschlossen:

- Initiativantrag „Aktionsplan für Integration und Chancengleich-

- heit entwickeln“
- Antrag „Integrationsförderung“
- Initiativantrag „Kürzung des Etats für Integrationskurse“
- Antrag „Staatsangehörigkeitsrecht“
- Antrag „Bildungspolitik 2006 – 2010: Das Recht auf Bildung für alle Menschen Wirklichkeit werden lassen“ (Auszüge)
- Antrag „Eine gute Schule für alle“ (Auszüge)
- Initiativantrag „Alle Mitnehmen – keinen zurücklassen – niemanden ausgrenzen“
- Leituantrag „Für eine soziale Europäische Union“ (Auszüge)
- Initiativantrag „Rechtsextremismus nicht länger verdrängen und verharmlosen“
- Antrag „Rechtsextreme, fremdenfeindliche und antisemitische und diskriminierende Positionen und Einstellungen bekämpfen!“

Den Beschluss zum Staatsangehörigkeitsrecht haben wir im letzten Forum Migration vorgestellt. Wegen ihrer Ak-

tualität gehen wir auf Seite 3 kurz auf den Beschluss „Alle mitnehmen – keinen zurücklassen – niemanden ausgrenzen“ und die beiden Beschlüsse zum Thema Rechtsextremismus ein.

Das DGB Bildungswerk bereitet zurzeit in der Schriftenreihe Migration & Qualifizierung eine Mitteilung zum 18. Ordentlichen DGB Bundeskongress mit allen Beschlüssen, Diskussionsbeiträgen und Grußworten aus der Politik zum Thema Migration, Integration und Chancengleichheit vor. Wir werden im Forum Migration darüber berichten.

Die bislang gesammelten Beschlüsse und die vom DGB erstellten „Arbeitsmaterialien zur Migrationspolitik: Beschlüsse: Beschlüsse zu Migration, Integration und Rechtsextremismus des 18. Ordentlichen DGB Bundeskongress vom 22.–26. Mai 2006“ finden sich im Dossier zum Bundeskongress unter

[www.migration-online.de/dgb-kongress-2006](http://www.migration-online.de/dgb-kongress-2006)

**ZAHLENWERK**

**Bevölkerung mit Migrationshintergrund (Mikrozensus des Statistischen Bundesamtes)**

**Migrationshintergrund (MH) der**

Bevölkerung 2005	
Deutsche ohne MH	81%
Deutsche mit MH	10%
Ausländer	9%

**Migrationserfahrung (ME) der**

Bevölkerung mit Migrationshintergrund	
Deutsche ohne eigene ME, mindestens ein Elternteil Spätaussiedler, Eingebürgerter oder Ausländer	18%

Eingebürgerte ohne eigene ME	3%
Eingebürgerte mit eigener ME	20%
Ausländer mit eigener ME	36%
Ausländer ohne eigene ME	11%
Spätaussiedler mit eigener ME	12%

Quelle: Statistisches Bundesamt 2006

Anfang Juni hat das Statistische Bundesamt die Ergebnisse des 2005 erhobenen Mikrozensus vorgestellt. Erstmals wurde auch nach dem Migrationshintergrund der Bevölkerung gefragt.

Das Statistische Bundesamt hat definiert, was unter Migrationshintergrund fällt. Ein Orientierungspunkt dabei ist der Integrationsbedarf. Dabei wird zwischen zwei Gruppen unterschieden: Erstens: Ausländer, sowohl zugewanderte wie in Deutschland geborene Ausländer. Zweitens: Deutsche mit Migrationshintergrund. Z.B. zugewanderte Deut-

sche mit Migrationshintergrund, also Spätaussiedler und eingebürgerte zugewanderte Ausländer. Dazu kommen dann die nicht zugewanderten Deutschen mit Migrationshintergrund: eingebürgerte nicht zugewanderte Ausländer, Kinder zugewanderter Spätaussiedler, Kinder eingebürgerter ausländischer Eltern, Kinder ausländischer Eltern, die bei Geburt zusätzlich die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten haben (ius soli), Kinder, bei denen ein Elternteil Migrant oder in Deutschland geborener Eingebürgerter oder Ausländer ist (s.g. einseitiger Migrationshintergrund).

Das übliche Problem bei der statistischen Zuordnung sind Grenzfälle: So hat ein Kind deutscher Eltern ohne Migrationshintergrund statistisch keinen Migrationshintergrund, auch wenn es im Ausland geboren wurde und dadurch (je nach Land) über das ius soli zwei Staatsbürgerschaften hat. Das Kriterium ist hier, dass die Staatsbürgerschaft nicht durch Einbürgerung erworben wurde. Wäre ein Elternteil Spätaussiedler sähe die Sache wieder anders aus. Nur: Festlegungen muss es eben geben, sonst wird eine Statistik wertlos.

# PISA-SONDERAUSWERTUNG

## Schlechtere Chancen für Kinder mit Migrationshintergrund

Am 15. Mai hat die OECD in Berlin ihre Sonderauswertung der aktuellen PISA-Studie von 2003 unter dem Titel „Wo haben Schüler mit Migrationshintergrund die größten Erfolgchancen: Eine vergleichende Analyse von Leistung und Engagement in PISA 2003“ vorgestellt.

Ziel der Studie war es, die üblichen PISA-Kompetenzen – Lesen, Mathematik und Naturwissenschaften – im Hinblick auf die Frage, wie gut Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund in den entsprechenden Schulfächern abschneiden, wie sie sich selbst einschätzen und wie sie generell zur Schule eingestellt sind, zu beleuchten. Außerdem untersucht der Bericht das Abschneiden von Migrantinnen und Migranten im Vergleich sowohl zu den einheimischen Schülerinnen und Schülern des Aufnahmelandes, als auch zu den anderen Schülern aus allen im Bericht berücksichtigten Ländern.

Kurz zusammengefasst kann man sagen, dass die PISA-Ergebnisse darauf schließen lassen, dass ein hohes Zuwanderungsniveau die Integration nicht unbedingt behindern muss: „Es besteht kein signifikanter Zusammenhang zwischen dem Umfang der zugewanderten Schülerpopulation in den Beispielländern und dem Umfang der zwischen Migrantenkindern und einheimischen Schülerinnen und Schülern beobachteten Leistungsunterschiede.“ Des Weiteren hätten Jugendliche mit Migrationshintergrund meist eine höhere Lernmotivation – besonders im Fach Mathematik – und im Allgemeinen eine positivere Einstellung zur Schule. Trotz dieser Lern-

bereitschaft erzielen Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund meist schlechtere Ergebnisse als ihre einheimischen Mitschüler. Am weitesten geht das Leistungsgefälle zwischen einheimischen und ausländischen Schülern in Belgien, Deutschland, Frankreich, den Niederlanden und der Schweiz auseinander. In den klassischen Einwanderungsländern Australien, Kanada und Neuseeland dagegen sind die Leistungen der Jugendlichen auf einem Level.

„Die Förderung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund gelingt in Deutschland nicht“, erklärt die Gewerkschaft Erziehung Wissenschaft (GEW) in der Pressemitteilung zu dieser OECD-Studie. „Während in anderen Ländern Migrantenkinder mit der Aufenthaltsdauer ihre Schulleistungen verbessern, werden sie in Deutschland immer schlechter.“ Laut GEW ist das eine alarmierende Situation, bedenkt man, dass in Deutschland mehr als ein Viertel der Menschen unter 25 Jahren einen Migrationshintergrund besitzen. Weiter heißt es in der Pressemitteilung, dass selbst „die Konservativen“ erkannt hätten, dass „Einwanderung Realität in Deutschland“ sei. „Aber statt Integration als Prozess auf gleicher Augenhöhe und Gegenseitigkeit zu begreifen, verlangen sie die bedingungslose Anpassung an eine deutsch-christliche Leitkultur.“ Zusätzlich würden Migrantinnen und Migranten kriminalisiert und zu Sündenböcken gemacht, beispielhaft geschehen in der Debatte um die Ereignisse an der Neuköllner Rütli-Schule.

Die Studie der OECD kann heruntergeladen werden unter der Adresse [www.migration-online.de/pisa-oecd](http://www.migration-online.de/pisa-oecd) Die Pressemitteilung der GEW findet man unter [www.migration-online.de/gew-pisa](http://www.migration-online.de/gew-pisa)



# STRAFRECHTLICH UND ZIVILGESELLSCHAFTLICH HANDELN

## Beschlüsse zum Rechtsextremismus

In zwei Beschlüssen – hervorgegangen aus einem Antrag und einem Initiativantrag – ruft der DGB dazu auf, rechtsextreme, fremdenfeindliche und antisemitische sowie diskriminierende Positionen und Einstellungen zu bekämpfen.

Angesichts der Zunahme von rechteextremen Propagandadelikten müssen diese „endlich konsequenter strafrechtlich geahndet werden“. Das dürfe sich nicht auf Deutschland beschränken: „Der DGB fordert die Bundesregierung auf, sich nachdrücklich im Europäischen Rat für die Verabschiedung eines Rahmenbeschlusses zur Bekämpfung von Fremdenfeindlichkeit und Rassismus einzusetzen.“

Neben der rechtlichen Ebene müsse aus Sicht des DGB in Bündnissen, Pro-



jekten und Aktionen das Engagement gegen rechts verstärkt werden. Wichtig ist in diesem Zusammenhang, eine gleiche und gerechte Behandlung aller Menschen in Deutschland voranzubringen.

Der DGB verweist auch auf die Möglichkeiten, die sich speziell für Mitglieder ergeben: „Als GewerkschafterInnen, als Betriebs- und PersonalrätInnen wollen wir insbesondere rechtsextreme Parolen und Propaganda aus Betrieben und Verwaltungen fern halten, zum Beispiel über Betriebs- und Dienstvereinbarungen.“

## 2007: JAHR DER CHANCENGLEICHHEIT

### Beschluss des Europäischen Rats

Der Europäische Rat hat beschlossen, das Jahr 2007 zum „Europäischen Jahr der Chancengleichheit für alle“ auszurufen. Dabei werden im Wesentlichen drei Ziele verfolgt: den Bürgerinnen und Bürgern der Europäischen Union ihre Rechte auf Gleichbehandlung besser bewusst zu machen, die Chancengleichheit für alle zu fördern – sei es im Hinblick auf den Zugang zum Arbeitsmarkt, in der Schule, oder bei der Gesundheitsversorgung und Vielfalt als Gewinn und wichtigen Faktor für die Europäische Union zu verdeutlichen.

Verschiedene Aktionen werden sich im Laufe des Jahres auf Diskriminierungen konzentrieren, denen bestimmte Menschen aufgrund ihrer Rasse oder ihrer ethnischen Herkunft, ihrer Religion oder ihrer Weltanschauung, ihres Alters, ihres Geschlechts, ihrer sexuellen Ausrichtung oder einer Behinderung ausgesetzt sind. Hierbei handelt es sich durchweg um Diskriminierungsgründe, gegen die auf

europäischer Ebene rechtlich vorgegangen werden kann. Ein weiterer wichtiger Aspekt betrifft Mehrfachdiskriminierungen.

Die Aktivitäten des Jahres 2007 beziehen sich auf vier Schlüsselthemen: **Rechte:** Sensibilisierung der öffentlichen Meinung im Hinblick auf das Recht auf Gleichbehandlung und Nichtdiskriminierung, **Vertretung:** Anstoß einer Debatte über die Möglichkeiten zur besseren gesellschaftlichen Einbindung von Gruppen mit Diskriminierungsopfern, **Anerkennung:** Erleichterung und Würdigung von Vielfalt und Gleichbehandlung und **Achtung:** Förderung einer toleranteren und solidarischeren Gesellschaft.

Die Europäische Union stellt für die Aktivitäten insgesamt 15 Millionen Euro zur Verfügung.

Weitere Informationen finden sich auf der Internetseite der EU zum „Europäischen Jahr der Chancengleichheit“:

[www.ec.europa.eu/employment\\_social/equality2007/index\\_de.htm](http://www.ec.europa.eu/employment_social/equality2007/index_de.htm)

# AUSGRENZUNG ALS ALLTAG

## EUMC-Bericht zur Bildungssituation von Roma

Die Europäische Beobachtungsstelle gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit (EUMC) veröffentlichte im Mai 2006 einen Bericht über die benachteiligte Bildungssituation von Roma innerhalb der EU. Unter dem Titel „Roma and Travellers in Public Education“ zeigt die EUMC auf, dass Roma und andere reisende oder fahrende Schülerinnen und Schüler Gegenstand von direkter und systematischer Diskriminierung und Benachteiligung sind.

„Der Bericht zeigt, dass Bildungssysteme überall in der EU Schüler mit Romaherkunft nicht erreichen, was dazu führt, dass Roma dazu tendieren, die Schule früher zu verlassen. Dies wiederum hält ihnen die Qualifikationsmöglichkeiten vor, die man benötigt, um auf dem Arbeitsmarkt mit anderen zu konkurrieren“, meint Beate Winkler, Direktorin der EUMC. Weiter meint sie, dass vieles zu tun bleibe, wie beispielsweise die bestehende Segregation – ihrer Meinung nach das Hauptproblem für Roma und reisende Kinder in den Schulsystemen – zu beenden.

Der Report stellt heraus, dass Ab- und Ausgrenzung in der Bildung für Roma und andere reisende Schülerinnen und Schüler immer noch in vielen EU-Staaten zum Alltag gehören, manchmal als unbeabsichtigter Effekt der politischen Praxis, manchmal als Ergebnis

von wohnlicher Ausgrenzung. Falsche Unterstützungsmaßnahmen und die auffällige Überrepräsentanz von Romaschülern und -schülerinnen in speziellen Klassen für mental gehandicapte Schüler, bleibt in einigen Mitgliedsstaaten traurige Wahrheit.

Um die allgemeine Situation zu verbessern, fordert die EUMC umfassende Strategien, die unter Mithilfe von Roma erarbeitet und umgesetzt werden sollen. Diese sollten unter anderem die Einschreibbarrieren für die Schulanmeldung von Romakindern einreißen, wirklich freien und gleichen Zugang zur Bildung garantieren und die Analphabetenrate unter den Erwachsenen senken.

Wo Ausgrenzung von Roma und anderen Fahrenden existiert, sollten die Politiker integrative Strategien entwickeln und der Zugang von Roma zu speziellen Bildungsangeboten müsse streng beobachtet werden.

Beate Winkler meint abschließend: „Die Bildungssituation von Romaschülern zeigt, wie wichtig es ist, dass die EU-Mitgliedsstaaten ihre Bemühungen, die Diskriminierung und Ausgrenzung von Roma zu beenden, beschleunigen, damit Roma endlich gleiche Chancen in Europa haben.“

Der Bericht „Roma and Travellers in Public Education“ kann heruntergeladen werden unter der Adresse: [www.migration-online.de/eumc-roma](http://www.migration-online.de/eumc-roma)

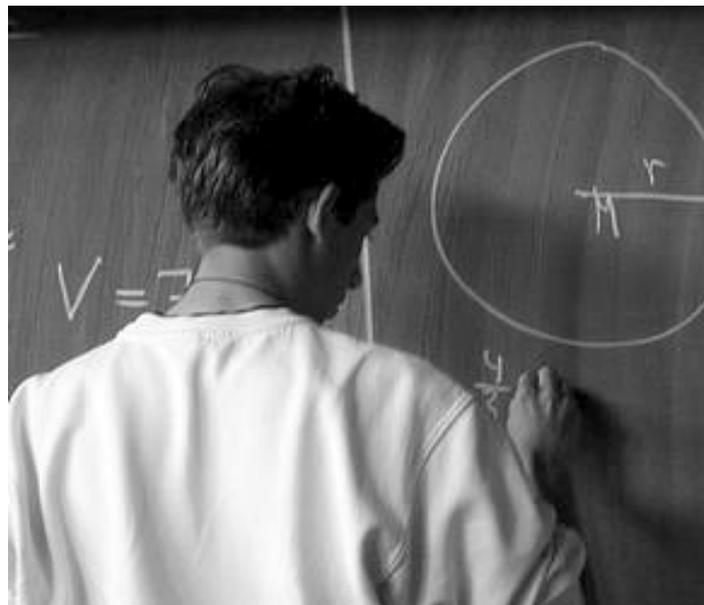
# GLAUBE IM HERKUNFTSLAND UND IN DEUTSCHLAND

## Videoprojekt für junge Muslime

Das Medienprojekt Wuppertal sucht junge Muslime als Teilnehmerinnen und Teilnehmer für ein Videoprojekt. Sie sind aufgerufen, bei einem Urlaub in ihrem Herkunftsland bzw. dem ihrer Eltern in Reportagen festzuhalten, wie der muslimische Glaube und die Kultur dort im Vergleich zu Deutschland gelebt werden. Hierzu können Teilnehmerinnen und Teilnehmer Interviews mit Verwandten und Bekannten führen oder Eindrücke von Festen und Ritualen mit der Kamera festhalten.

Die Themen werden gemeinsam erarbeitet. Es gibt auch eine Einweisung zum Umgang mit der Kamera. Während der Reise werden die Betroffenen per E-Mail und Telefon unterstützt. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer sollen 16 bis 26 Jahre alt sein.

Weitere Auskunft bei:  
Medienprojekt Wuppertal  
Norbert Weinrowsky  
Telefon 02 02/56 32-6 47  
[n.weinrowsky@medienprojekt-wuppertal.de](mailto:n.weinrowsky@medienprojekt-wuppertal.de)  
[www.medienprojekt-wuppertal.de](http://www.medienprojekt-wuppertal.de)



# WER RECHNEN KANN, INVESTIERT RECHTZEITIG

## Der DGB Kongress zu einer effektiven Integration

Die in den letzten Monaten angeheizte Debatte um Integration ist eng mit dem Stichwort Rütli-Schule verbunden. Mit dem öffentlichen Hilferuf der Hauptschule im Berliner Bezirk Neukölln wird aus Sicht des DGB eines deutlich: „Wie im Brennglas werden die gravierenden Probleme unserer selektiven Schulstruktur, einer verfehlten Einwanderungspolitik, einer die Integration behindernden Stadtentwicklungspolitik und der Arbeitsplatzmiserie sichtbar.“ So heißt es in einem Beschluss des Bundeskongresses, der auch auf den geplanten Integrationsgipfel der Bundesregierung zielt. Der Titel des Beschlusses macht eindeutig klar, worum es geht: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Alle mitnehmen – keinen zurücklassen – niemanden ausgrenzen“.

In sieben Punkten wird ein Plan entworfen, wie verhindert werden kann, dass ganze Gruppen ausgegliedert werden. „Es geht“ – so der DGB – „um den gesellschaftlichen Zusammenhalt, um die Integration des (bildungs)armen Teils der Bevölkerung, gleichgültig ob deutscher oder nicht deutscher Herkunft“.

Um die Perspektivlosigkeit und damit verbundene Resignation zu verhindern muss es aus Sicht des DGB ein

Recht auf berufliche Ausbildung geben. Wenn die Ausbildungsplätze im dualen System nicht ausreichen, muss eine voll qualifizierende Ausbildung in beruflichen Schulen und außerbetrieblichen Lernorten ausgeweitet werden.

Ändern müsse sich auch das Schulwesen. In seiner derzeitigen Form „spiegelt und reproduziert (es) eine Klassengesellschaft“. Um eine frühe Selektion zu verhindern, sollen die Kinder und Jugendlichen bis zum Ende der Pflichtschulzeit gemeinsam lernen und individuell gefördert werden. Daneben muss die Aus- und Fortbildung der Lehrer besser auf die bestehende Situation ausgerichtet werden. Dazu zählt unter anderem eine Ausbildung in Deutsch als Zweitsprache.

In der Stadtentwicklungsplanung soll stärker darauf geachtet werden, dass in den Wohnquartieren eine angemessene soziale und sprachliche Mischung anzutreffen ist.

Schließlich fordert der DGB eine kontinuierliche Sprachförderung im Rahmen interkultureller Bildung.

Natürlich koste das alles Geld – so der DGB. Nur: „Wer rechnen kann, investiert rechtzeitig. Die notwendigen Investitionen in all diese vorsorgenden Maßnahmen sind um ein Vielfaches geringer als die ‚Nachsorgekosten‘ für Sozialaufwendungen, Haftanstalten und Psychiatrien.“

## INTEGRATION ALS THEMA DER OFFIZIELLEN POLITIK

### KOMMENTAR

**Annelie Buntenbach, Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstands des DGB**



Integration ist als Thema der offiziellen Politik seit Kurzem auf der Agenda nach oben gerückt. Das ist gut.

Wie das Thema öffentlich angegangen wird, ist aber bisweilen – zurückhaltend formuliert – befremdlich. Die Zielgruppe, um die es zu gehen scheint, lebt in einem Problem-Kiez oder gleich Slum, den der Innenminister zumindest im Berliner Bezirk Neukölln verortet hat. Und wer in seinem selbst gewählten Ghetto lebt und nur mit seinesgleichen zu tun hat – da muss dann schon einmal gefragt werden, ob das nicht Integrationsunfähigkeit nach sich zieht oder gar Integrationsverweigerung.

So oder so ähnlich kommt die Botschaft, die viele Politikerinnen und Politiker verbreiten, bei den Menschen an. Da kann dann kein Einbürgerungstest mehr scharf genug sein. Ich weiß: Das ist pauschalisiert und vereinfacht. Aber auch, wenn es zum Beispiel um die immer wieder genannte Rütli-Schule geht oder um das Wohnen oder patriarchalische Strukturen sind häufig große Vereinfacher am Werk.

Im Einzelfall lässt sich das alles diskutieren, da lassen sich soziale Zusammenhänge oder Defizite bei der Integration auf beiden Seiten benennen. Aber als generelle Herangehensweise an das Thema finde ich eine andere in der Sache angemessener und damit auch effektiver. Die Politik sollte eine eindeutige Botschaft aussenden: Ihr Menschen mit Migrationshintergrund – ob mit oder ohne deutschen Pass – seid Teil dieser Gesellschaft, Ihr seid kein Problem, Ihr gehört dazu. Johannes Rau hat das immer wieder einmal gemacht, Stimmen wie die seine fehlen heute.

Die Botschaft wäre klar und eindeutig und würde von Zuwanderern auch genauso verstanden. Die Botschaften, die heute ausgesendet werden, sehen etwas anders aus. So verzichtet kaum ein Text zur Integration auf den Hinweis, dass Zuwanderer sich an die Gesetze zu halten haben und die humanistischen und demokratischen Werte des Grundgesetzes achten müssen. Ja

was denn sonst? An die Gesetze muss sich ohnehin jeder halten, auch wenn er nur vorübergehend zu Gast bei Freunden ist. Und auch die Werte des Grundgesetzes gelten für alle. Nur wird kein Bräutigam bei der Eheschließung vom Standesbeamten ermahnt, seine Frau nicht nur nicht zu schlagen, sondern auch dazu beizutragen, dass sie berufliche Entfaltungsmöglichkeiten hat. Was zeigt der nahezu obligatorische Hinweis auf Gesetze und Verfassung gegenüber Migrantinnen und Migranten anderes als ein latentes Misstrauen?

Ich will ein Beispiel dafür nennen, dass die Botschaft: „Ihr seid willkommen“ zur Integration beitragen kann. Wenn Migranten der ersten Generation erzählen, wo sie nach ihrer Anwerbung zuerst das Gefühl hatten angekommen zu sein, dann ist das oft die Gewerkschaft. Das hat nicht damit zu tun, dass Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter so tolle Typen sind. Vielmehr: Aus vielen Gründen – auch dem Eigeninteresse Lohndumping zu verhindern – war klar, dass es nur gemeinsam geht. Und wenn es nur gemeinsam geht, dann muss man auch sagen: Ihr seid da, und jetzt machen wir zusammen.

Übertragen heißt das: Deutschland ist ein Einwanderungsland, das gestalten wir zusammen. Das ist dann auch Integration.

## ALLGEMEINES GLEICHBEHANDLUNGSGESETZ

### Unterschriftensammlung des DGB

Wir wenden uns „gegen individuelle und strukturelle Benachteiligungen, sei es wegen des Geschlechts, der ethnischen Herkunft, der zugeschriebenen Rasse, der Behinderung, des Alters, der Religion und Weltanschauung so-

wie der sexuellen Identität“ – so heißt es in einem Text einer Unterschriftensammlung, die der DGB Bundesvorstand bis zum 4. Juli 2006 durchführt. Damit sich die Gewerkschaften im Betrieb wirksamer für ein diskriminierungsfreies Arbeiten einsetzen können – was auch den Arbeitsergebnissen zugute kommt –, unterstützt der DGB

mit der Kampagne die Regelungen im Entwurf zum Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz – „die darin vorgesehenen Möglichkeiten für Arbeitnehmervertretungen wie Betriebs- und Personalräte sowie Gewerkschaften sind gut und wichtig“, so der DGB.

Informationen auf: [www.dgb.de](http://www.dgb.de)

### GEFÖRDERT DURCH



Bundesministerium des Innern



Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

### IMPRESSUM

#### HERAUSGEBER

DGB Bildungswerk  
Vorsitzender: Dietmar Hexel  
Geschäftsführer: Dr. Dieter Eich

#### VERANTWORTLICH

für den Inhalt: Leo Monz

#### KOORDINATION

Michaela Dälken

#### REDAKTION

Bernd Mansel  
(Medienbüro Arbeitswelt), Berlin

#### LAYOUT

Gitte Becker

#### DTP/REINZEICHNUNG

Gerd Spliethoff

#### FOTOS

photocase

#### DRUCK UND VERTRIEB

Setzkasten GmbH, Düsseldorf

#### ERSCHEINUNGSWEISE

Monatlich

#### BESTELLDRESSE

SETZKASTEN GMBH  
Produktion, Verlag, Werbung  
Kreuzbergstraße 56  
40489 Düsseldorf  
Telefax 02 11/4 08 00 90-40  
E-Mail [mail@setzkasten.de](mailto:mail@setzkasten.de)

#### ZUSCHRIFTEN/KONTAKT

DGB Bildungswerk, Bereich  
Migration & Qualifizierung  
Hans-Böckler-Straße 39  
40476 Düsseldorf  
Telefon 02 11/43 01-1 88  
Telefax 02 11/43 01-1 34  
[migration@dgb-bildungswerk.de](mailto:migration@dgb-bildungswerk.de)  
[www.migration-online.de](http://www.migration-online.de)